
Lena Guesnet

Konfliktrohstoffe und menschliche Sicherheit

Einleitung

Auch nach dem Ende der diamantenfinanzierten Bürgerkriege der 1990er Jahre und trotz der Schaffung des Kimberley Prozesses für die Zertifizierung von Rohdiamanten, ist die Debatte um Rohstoffe, die von Gewaltakteuren genutzt werden, weiterhin aktuell. Mit dem sogenannten Dodd-Frank Act verabschiedeten die USA im Jahr 2010 ein Gesetz, das die Finanzierung von Konflikten in der DR Kongo eindämmen sollte. Nun befindet sich auch die Europäische Union in einem Gesetzgebungsverfahren, das dieselben Rohstoffe als Konfliktrohstoffe definiert und diese weltweit aus dem Verkehr ziehen möchte.

Beides deutet darauf hin, dass das Thema der Konfliktfinanzierung durch Rohstoffe und der Unternehmensverantwortung in diesem Zusammenhang auf der politischen Tagesordnung angekommen ist. Weit weniger breit diskutiert und politisch reguliert sind nach wie vor die Abbaubedingungen von Rohstoffen, insbesondere in Bezug auf Sozial- und Umweltfragen. Das Konzept der menschlichen Sicherheit ermöglicht, diese Bereiche mit einzubeziehen und damit auch die Unternehmensverantwortung wesentlich weiter zu fassen.

Im Folgenden wird daher zunächst die Konfliktrohstoff-Thematik aufgegriffen und anschließend der Blick auf die Bedrohung der menschlichen Sicherheit im Rohstoffsektor gelenkt. Die daraus folgenden Schlüsse für die Verantwortung von Unternehmen (und Staaten) werden im abschließenden Abschnitt präsentiert.

Konfliktrohstoffe und Rohstoffkonflikte

Mit den Themen Rohstoffkonflikte und Konfliktrohstoffe haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten eine Fülle an Publikationen beschäftigt (Übersichten geben Rosser 2006, Cuvelier et al. 2013, Koubi et al. 2014). Auch in der Öffentlichkeit erlangten sogenannte »Blut«- oder »Konfliktdiamanten« mit den Bür-

gerkriegen der 1990er in Westafrika und Angola traurige Berühmtheit: Der von den Konfliktparteien kontrollierte Abbau und Handel mit Diamanten trug maßgeblich zur Konfliktfinanzierung bei. Von Gewalt geprägt war einerseits die Förderung der Diamanten, bei der Zivilisten unter Androhung von Gewalt nach Diamanten schürfen mussten. Andererseits finanzierten die bewaffneten Gruppen aus den so generierten Einnahmen Waffen- und Munition. So wurden Diamanten zum Beispiel für Konfliktrohstoffe *par excellence*.

Erlöse aus dem Rohstoffsektor sind nach wie vor eine Einnahmequelle bewaffneter Gruppen. Aktuelle Konfliktrohstoffe sind z. B. Gold in der Demokratischen Republik Kongo und in Kolumbien, Diamanten in der Zentralafrikanischen Republik, Rubine in Myanmar sowie Öl in den vom Islamischen Staat kontrollierten Gebieten.

Die öffentliche und teilweise auch die wissenschaftliche Debatte hebt immer wieder hervor, welches Sicherheitsrisiko Rohstoffen innewohne. Es wird angenommen, dass Rohstoffe als Konfliktgrund eine zunehmend wichtige Rolle spielen werden (UNEP 2009). Sie gelten sowohl als Gegenstand von als auch Grund für zwischen- oder innerstaatliche Rohstoffkonflikte. Ein gewisser Hang zum Geodeterminismus ist hier erkennbar (Korf 2015, Oßenbrügge 2015), der nicht nur nicht-erneuerbare Rohstoffe mineralischer Natur wie Diamanten oder Öl, sondern auch erneuerbare Rohstoffe wie Wasser oder Land bzw. die darauf generierten Pflanzen umfasst.

Zu unterscheiden sind zwei Erklärungsstränge: In malthusianischer Tradition wird angenommen, dass die Verknappung von Rohstoffen zu Verteilungskonflikten führe. Die Literatur zum »Rohstofffluch« und *paradox of plenty* korreliert den Überfluss an Rohstoffen mit schwacher/schlechter Regierungsführung, Gewaltkonflikten und einer dysfunktionaler Wirtschaft in einem Staat. Die Ergebnisse bleiben jedoch widersprüchlich und eine Kausalität konnte bisher nicht nachgewiesen werden (Rosser 2006).

Zu beachten ist, dass weder das Vorkommen von (*greed*-Argument) noch der Mangel an (*grievances*-Argument) Rohstoffen ein hinreichendes Kriterium für den Ausbruch eines Konfliktes ist. Vielmehr sind die jeweils wirkenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Faktoren einer Konfliktsituation sowie historische Einflüsse zu beachten und die Wirkung des Rohstoffreichtums oder -mangels auf dieses Ursachengeflecht zu analysieren. Ohne jene zugrundeliegenden Konfliktlinien könnte eine Mangelsituation auch zu verstärkter Kooperation führen.¹ Es bleibt also festzuhalten, dass Rohstoffe nicht als allei-

¹ So gab es im 19. Jahrhundert zwischen den um Vieh konkurrierenden Stämmen der Kikuyu und der Maasai im heutigen Kenia Kooperationsvereinbarungen, die es ermöglichten, in Dürreperioden Kinder der Maasai bei den aufgrund ihrer Lebensweise weniger hart getroffenen Kikuyu unterzubringen und so deren Überleben zu sichern.

niger Konfliktgegenstand und erst recht nicht als deren Ursache fungieren, sondern mittelbar in einem Gefüge von konkurrierenden Interessen. Im Verlauf eines Konfliktes hingegen kann es dazu kommen, dass die Sicherung des Zugangs zu lukrativen Rohstoffen zum Selbstzweck wird. Dies geschah während des zweiten Kongokrieges (1998–2003), als der Erhalt der Kriegsökonomie vordringlicher wurde als eine (ohnehin unwahrscheinliche) militärische Lösung des Konflikts (Aust und Jaspers 2006).

Die zunehmende Bedeutung von Rohstoffen für die Finanzierung von Konflikten – die insbesondere auch mit den globalen Verschiebungen nach dem Ende des Ost-West Konflikts zusammenhängt (Berdal und Keen 1997, Le Billon 2000) – rief Gegenreaktionen auf den Plan. Zivilgesellschaftliche und politische Initiativen für mehr Transparenz im Rohstoffsektor (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI; Publish What You Pay, PWYP), für die Verantwortung entlang mineralischer Lieferketten (Dodd Frank Act; EU Gesetzgebung zu Konfliktmineralien) und für die Zertifizierung konfliktfreier Rohstoffe (Kimberley Prozess für Rohdiamanten, Fairphone, Certified Trading Chains) sind Ausdruck dafür.

Dies ist durchaus als Fortschritt zu bewerten. Insbesondere die implizierte Anerkennung der Verantwortung von Regierungen und Unternehmen für die (ungewollten) Folgen ihres Handelns ist zu begrüßen. Dennoch bleiben Defizite, die im Folgenden am Beispiel des Kimberley Prozess (KP) verdeutlicht werden sollen.

Nicht zuletzt in Reaktion auf die zivilgesellschaftliche Kampagne gegen »Blutdiamanten« wurde 2003 der Kimberley Prozess für Rohdiamanten gegründet. Er war die erste institutionalisierte Kooperation zwischen Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft im Rohstoffsektor. Ziel ist es, den legitimen Handel mit Diamanten zu schützen, indem Konfliktdiamanten – definiert als zur Finanzierung von Rebellengruppen beitragende Rohdiamanten – vom Handel ausgeschlossen werden. Dies soll durch die Offenlegung der Fördermengen sowie der Export- und Importdaten und letztlich durch die Zertifizierung der Diamanten als konfliktfrei gewährleistet werden. Als innovativer Vorreiter hat der Kimberley Prozess viel erreicht. Dennoch ist es ihm nicht gelungen, die Finanzierung von Rebellengruppen über Diamanten gänzlich zu verhindern. So nutzten alle Gewaltakteure in der Zentralafrikanischen Republik seit dem Putsch gegen die dortige Regierung im Mai 2013 u. a. Diamanten zur Beschaffung von Kampfmitteln. Es ist den Rebellen also gelungen, ihre unter Gewaltanwendung gewonnenen Steine illegal zu verkaufen (auch wenn diese teilweise noch nicht den Weltmarkt erreicht haben) und die so erzielten Gewinne in ihren Kampf zu reinvestieren.² Das engmaschige Kontrollregime des KP war

2 Das Enough Project schätzt den Wert des illegalen Diamantenhandels und der -besteuerung

nicht erfolgreich darin, diese Konfliktdiamanten abzufangen. Der Schmuggel der wertvollen Steine bleibt also ein großes Problem, dem auch der KP noch keine wirksame Schranke entgegengesetzt.

In der Vergangenheit hat sich außerdem die enge Definition von Konfliktdiamanten im Sinne des KP als problematisch erwiesen. Durch die Beschränkung auf die Nutzung durch Rebellengruppen, die gegen eine legitime Regierung kämpfen, werden andere durchaus gewaltförmige Situationen rund um den Diamantensektor außen vor gelassen. So ging die simbabwische Regierung 2008 mit Gewalt gegen Bergarbeiter in der Marange-Mine vor, es gab Tote und Verletzte. Innerhalb des KP konnte jedoch keine Einigkeit erzielt werden, die Definition von Konfliktdiamanten auf Regierungsgewalt auszuweiten.³

Die Diskussionen innerhalb und um den Kimberley Prozess zeigen auch, dass die Fokussierung auf die Dichotomie Konfliktdiamanten vs. konfliktfreie Diamanten zu kurz greift, wenn es darum gehen soll, friedliche Bedingungen im Diamantensektor zu befördern.

Dennoch ist der Kimberley Prozess ein wichtiges Instrument, um mehr Informationen über den Diamantensektor zu generieren und öffentlich zugänglich zu machen. Diese dank des KP gewonnene Transparenz erleichtert es erheblich, bestehende Probleme genauer zu erkennen. Gleichzeitig bietet der KP ein Forum, in dem Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft gemeinsam an Lösungen arbeiten können.⁴

Nichtsdestotrotz ist es – ähnlich wie bei der Diskussion um die Definition von Frieden als »Abwesenheit von Krieg« (Negativdefinition) oder als »positiver Frieden« – auch im Rohstoffsektor wünschenswert, den Blick zu erweitern. An die Stelle des engen Begriffs der »konfliktfreien Rohstoffe« könnten dann »Friedensrohstoffe« treten, die unter menschenwürdigen und umweltschützenden Bedingungen abgebaut werden. Hier kann das Konzept der menschlichen Sicherheit eine solide Grundlage bieten.

auf 3,87 bis 5,8 Millionen Dollar im Jahr. Dabei werde der Großteil der Diamanten (und Gold) in die Nachbarländer Kamerun, DR Kongo und Sudan geschmuggelt (Agger 2015).

3 Dennoch wurden Diamanten aus der Marange-Region durch den KP unter Embargo gestellt, da der Handel nicht nachvollziehbar und somit nicht KP-regelkonform war.

4 Dies setzt allerdings den Willen zur Zusammenarbeit voraus, der gegenwärtig fraglich ist: Die Koalition der Nichtregierungsorganisationen hat einen Boykott des KP für 2016 angekündigt, da der Vorsitz an die Vereinten Arabischen Emirate geht, die in der Vergangenheit wiederholt ihre Missachtung gegenüber der Zivilgesellschaft zum Ausdruck gebracht haben (<http://www.idexonline.com/FullArticle?Id=41335>).

Menschliche Sicherheit im Rohstoffsektor

Im Sinne der menschlichen Sicherheit⁵ ist es von Interesse, sich auch solche Schauplätze von Rohstoffabbau und -handel anzuschauen, in denen kein Gewaltkonflikt stattfindet. Hierbei fällt auf, dass im Umfeld von Rohstoffprojekten menschliche Sicherheit und also auch menschliche Entwicklung häufig konterkariert werden (Gamau et al. 2015). Dies ist umso bemerkenswerter, als Rohstoffprojekte und insbesondere Großinvestitionen im Rohstoffsektor in Entwicklungsländern u. a. damit begründet werden, dass sie einen Beitrag zur Entwicklung eines Landes leisten könnten. So fördert z. B. die Weltbank (WB) als multinationale Institution Investitionen im Bereich der extraktiven Industrien (Öl, Gas, Mineralien), um zur Armutsreduzierung beizutragen.

Die Literatur verweist jedoch auf widersprüchliche Entwicklungen, die in rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern, sowie in Rohstoffgebieten regelmäßig auftreten. Diese betreffen zwei Ebenen: Auf nationaler Ebene können unter dem Stichwort »Rohstofffluch« gebündelte institutionelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme auftreten. Auf lokaler Ebene richtet sich der Blick auf die Auswirkungen, die im direkten Umfeld von Rohstoffprojekten zu beobachten sind.

Deshalb empfahl die durch die Weltbank beauftragte Extractive Industries Review (EIR) der WB für die nationale Ebene, nur unter bestimmten Umständen in den Bereich extraktiver Rohstoffe zu investieren: Erstens müsse sichergestellt sein, dass der Staat weder bereits in Gewaltkonflikte involviert ist, noch diese Gefahr droht, zweitens, dass Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung existieren und drittens, dass Arbeits- und Menschenrechte sowie Umweltstandards respektiert werden. Diese *enabling conditions* gelten als die Voraussetzung dafür, dass Investitionen im Rohstoffsektor Armutsreduzierung fördern können. Sind sie nicht erfüllt, sollte die Weltbank nicht investieren (WB 2003).

Auf der lokalen Ebene, also dort, wo Großprojekte direkt durchgeführt werden, sprechen zivilgesellschaftliche und akademische Studien von systematischen Schwierigkeiten (Hilson 2002, Guesnet 2012, Hoinathy 2013). Da jedes Rohstoffprojekt Veränderungen in der Landnutzung und in der verfügbaren Fläche für die ansässige Bevölkerung hervorruft, liegt hierin ein großes Konfliktrisiko. Gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt Land für die Bevölkerung die wichtigste Ressource zur Überlebenssicherung. Die Frage des Zugangs zu Land und gerechter Entschädigung im Falle von Landnahme

⁵ Der Begriff der menschlichen Sicherheit, als positiver Sicherheitsbegriff, beinhaltet mehr als die Abwesenheit von Bedrohungen (*freedom of fear*). Er lenkt den Blick auf menschliches Wohlergehen (*freedom from want*), welches durch Ernährungssicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, gesundheitliche Sicherheit, Umweltsicherheit, persönliche Sicherheit, gesellschaftliche Sicherheit und politische Sicherheit (UNDP 1994) geprägt ist.

durch Rohstoffprojekte ist daher besonders relevant für die menschliche Sicherheit und eine Thematik, die regelmäßig auftritt.

Weiterhin zählen Umwelteingriffe und -verschmutzungen von Boden, Wasser und Luft und die Befürchtung negativer Gesundheitsauswirkungen zu den Sorgen der lokalen Bevölkerung. Das bekannteste Beispiel für negative Umwelt- und Sozialauswirkungen im extraktiven Sektor ist und bleibt das Niger Delta, in dem die Ölförderung verheerende Folgen hatte und hat. Auch wenn sich Art und Ausmaß der Umweltauswirkungen je nach Projekt und Rohstoff stark unterscheiden können, ist doch zu beobachten, dass diese Thematik sich in vielen Fällen wiederfindet.

Des Weiteren beeinflussen Rohstoffprojekte die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse vor Ort. Hierdurch können Missstände entstehen oder sich verschärfen, die Konfliktpotenzial beinhalten. Selbst Entschädigungsprozesse, die darauf abzielen, negative Konsequenzen von Projekten wiedergutzumachen, können eigene Konfliktdynamiken hervorrufen, etwa wenn es um die Angemessenheit der Entschädigung oder über die Beteiligung an und Einflussnahme in den Verhandlungen geht. Eine große Herausforderung besteht auch hier in der Landfrage: Eine gerechte Entschädigung müsste sicherstellen, dass die Betroffenen befähigt werden, ihre Lebensgrundlagen mindestens ebenso gut wie zuvor zu sichern (BfdW u. BICC 2014).

Im extraktiven Sektor ist nachweisbar, dass industrieller Bergbau⁶ vorwiegend negative Effekte auf Armutsreduzierung zeitigt (Gamu et al. 2015). Auch die EIR stellte fest, dass »die Umwelt und die Armen durch die Expansion des extraktiven Sektors eines Landes oft stärker bedroht (sind) als zuvor«⁷ (WB 2003, S. 42). Somit wird auch die menschliche Sicherheit der direkt von extraktiven Rohstoffprojekten Betroffenen eher gefährdet, als befördert.

Die Fülle an Beispielen und die immer wiederkehrenden Themen sowohl im extraktiven als auch im agrarischen Sektor, legen den Schluss nahe, dass die Einzelfälle auf eine systemische Problematik verweisen. Entsprechend müsste eine Antwort auf die Schwierigkeiten sowohl auf der Ebene des lokalen Einzelfalls, als auch auf der Ebene nationaler und internationaler Regularien gesucht werden, die das »System Rohstoffprojekte« beeinflussen können.

6 Die Unterscheidung zwischen industriellem und artisanalem Abbau ist hier wichtig, da letzterer einen Beitrag zu Armutsreduzierung und menschlicher Sicherheit leisten kann (ebd.).

7 Übersetzung durch die Autorin.

Sicherung der menschlichen Sicherheit

Der Rohstoffsektor birgt also auf mehreren Ebenen und in unterschiedlichem Maße Gefahren für die menschliche Sicherheit. Hierzu gehört sowohl die rohstoffbasierte Konfliktfinanzierung durch Gewaltakteure als auch die Bedrohung der menschlichen Sicherheit in Rohstofffördergebieten – insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Zur Förderung menschlicher Sicherheit im Umfeld von Rohstoffprojekten ist ein systematisches Herangehen an diese Problematiken angezeigt. Ein wichtiger Schritt bestünde darin, die Rohstoffförderung generell an soziale und Umweltkriterien zu binden. Unternehmen sollten nicht nur in die Verantwortung genommen werden, keine Rohstoffe von Gewaltakteuren zu beziehen, sondern auch verpflichtet sein, die menschliche Sicherheit in Rohstofffördergebieten nicht zu gefährden.

Ein globaler Regulierungsansatz, der dem Rohstoffsektor verantwortliches Handeln in Umwelt- und Sozialfragen vorschreibt, hätte das Potenzial, sich auf beide Thematiken positiv auszuwirken. Eine gute Vorlage dafür existiert bereits: das 2008 durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedete Rahmenwerk »Protect, Respect and Remedy« (»Schütze, Achte und Behebe«) und die begleitenden Leitprinzipien »UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte« (2011). Demnach ist es Aufgabe des Staates, Menschenrechte zu schützen (protect), die Verantwortung von Unternehmen, Menschenrechte zu achten (respect) und es sollen Wege zur tatsächlichen Wiedergutmachung bei Missachtung geschaffen werden (remedy).

Allerdings handelt es sich um ein rein freiwilliges Instrument. Es hat zwar bereits zu Verbesserungen beigetragen, da sich Unternehmen vermehrt zur Einhaltung der freiwilligen Prinzipien verpflichtet und ihre Standards entsprechend angepasst haben (Hill and Lillywhite 2014). Angesichts der Größe und Tragweite der immer wiederkehrenden Probleme, bedarf es jedoch weitaus größerer Anstrengungen, die in der Lage sind, sich auf die Strukturen im Rohstoffsektor auszuwirken. Hierzu bedarf es eines verbindlichen, internationalen Vertrags (Hill and Lillywhite 2014; Müller-Hoff 2015). Tatsächlich besteht seit 2014 eine vom UN Menschenrechtsrat einberufene intergouvernementale Arbeitsgruppe, die einen Mechanismus erarbeiten soll, der einen »umfassenden, effektiven und nachhaltigen Menschen- und Arbeitsrechts- sowie Umweltschutz« (Müller-Hoff 2015, S. 34) vorschreibt. Um die Umsetzung dieses Mechanismus sicherzustellen, wäre neben seiner Verbindlichkeit auch seine Eintragbarkeit wichtig. Erst dann stellt er eine Grundlage dar, auf der Regierungen und Unternehmen ihrer Verantwortung für die menschliche Sicherheit gerecht werden müssen.

Literaturverzeichnis

- Agger, Kasper (2015): Warlord Business. CAR's Violent Armed Groups and their Criminal Operations for Profit and Power. Hg. v. Enough Project.
- Aust, Björn; Jaspers, Willem (2006): From Resource War to ›Violent Peace‹. Transition in the Democratic Republic of Congo (DRC). Hg. v. Bonn International Center for Conversion. Bonn (BICC Paper 50).
- Berdal, Mats; Keen, David (1997): Violence and Economic Agendas in Civil Wars. Some Policy Implications. In: *Millennium – Journal of International Studies* 26 (3), S. 795–818.
- Brot für die Welt; Bonn International Center for Conversion (Hg.) (2014): Auf die Entschädigung kommt es an (Dialog 13).
- Cuvelier, Jeroen; Vlassenroot, Koen; Olin, Nathaniel (2013): Resources, Conflict and Governance: a critical review of the evidence (JRSP Paper 9).
- Gamu, Jonathan; Le Billon, Philippe; Spiegel, Samuel (2015): Extractive industries and poverty. A review of recent findings and linkage mechanisms. In: *The Extractive Industries and Society* 2 (1), S. 162–176.
- Guesnet, Lena (2012): Folgen der Erdölförderung für die Konfliktodynamik im Tschad. In: In: Michael Reder und Hanna Pfeifer (Hg.) Kampf um Ressourcen. Weltordnung zwischen Konkurrenz und Kooperation. Stuttgart: Kohlhammer (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, 22), S. 86–101.
- Hilson, Gavin (2002): An overview of land use conflicts in mining communities. In: *Land Use Policy* 19 (1), S. 65–73.
- Hoinathy, Remadji (2013): Pétrole et changement social au Tchad. Rente pétrolière et monétisation des relations économiques et sociales dans la zone pétrolière de Doba. Paris: Karthala.
- Korf, Benedikt (2015): Zur Politischen Ökologie der Gewalt. In: Benedikt Korf und Conrad Schetter (Hg.): Geographien der Gewalt. Kriege, Konflikte und die Ordnung des Raumes im 21. Jahrhundert. Stuttgart: Borntraeger (Studienbücher der Geographie), S. 72–92.
- Koubi, V.; Spilker, G.; Bohmelt, T.; Bernauer, T. (2014): Do natural resources matter for interstate and intrastate armed conflict? In: *Journal of Peace Research* 51 (2), S. 227–243.
- Le Billon, Philippe (2000): The political economy of war: what relief agencies need to know. Overseas Development Institute. London (HPN Network Paper, 33).
- Müller-Hoff, Claudia (2015): Alle Rechte – keine Pflichten. Schutz für Mensch und Umwelt – Eine Orientierungshilfe im Dschungel der Diskussion um Unternehmensregulierung. Hg. v. FDCL-Verlag. Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL. Berlin (FDCL-Verlag).
- Oßenbrügge, Jürgen (2015): Kontinuität der Ressourcenkonflikte und kommende Klimakriege. In: Benedikt Korf und Conrad Schetter (Hg.): Geographien der Gewalt. Kriege, Konflikte und die Ordnung des Raumes im 21. Jahrhundert. Stuttgart: Borntraeger (Studienbücher der Geographie), S. 93–115.
- Rosser, Andrew (2006): The political economy of the resource curse. A literature review. Brighton (IDS working paper).

- Ruggie, John (2008): Protect, Respect and Remedy: a Framework for Business and Human Rights (A/HRC/8/5). <http://www.reports-and-materials.org/Ruggie-report-7-Apr-2008.pdf>.
- Ruggie, John (2011): Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations »Protect, Respect and Remedy« Framework (A/HRC/17/31). Genf. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G11/121/90/PDF/G1112190.pdf?OpenElement>.
- Samset, Ingrid (2009): Natural resource wealth, conflict, and peacebuilding. New York: Ralph Bunche Institute for International Studies, City University of New York. http://statesandsecurity.org/_pdfs/Samset2.pdf.
- UNDP (United Nations Development Programme) (1994): Human Development Report 1994, New York, Oxford. Oxford University Press.
- UNEP (United Nations Environment Programme) (2009): From Conflict to Peacebuilding: the Role of Natural Resources and the Environment.
- WB (World Bank) (2003): Striking a Better Balance. Volume 1. The World Bank Group and Extractive Industries. World Bank, Washington, DC. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/17705>.

